



Staatskanzlei

Presse- und Informationsamt

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Chef vom Dienst

Hausruf: (03 31) 8 66 – 12 51

(03 31) 8 66 – 13 56

(03 31) 8 66 – 13 59

Fax: (03 31) 8 66 – 14 16

Internet: www.brandenburg.de

presseamt@stk.brandenburg.de

Potsdam, 27.10.2004

Es gilt das gesprochene Wort

Presseinformation

Wortlaut der Regierungserklärung von Ministerpräsident Matthias Platzeck:

Erneuerung aus eigener Kraft

„Die neue Brandenburger Landesregierung tritt ihr Amt unter schwierigen Bedingungen an. In diesen Wochen und Monaten erleben wir ernste und Besorgnis erregende Entwicklungen nicht nur hier bei uns in Brandenburg, nicht nur in Ostdeutschland, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Anderthalb Jahrzehnte nach dem Mauerfall ist das einstige „Erfolgsmodell Deutschland“ in schweres Fahrwasser geraten. Die aktuellen Nachrichten aus der Automobilindustrie oder die Diskussion um die Neuausrichtung des Krankenversicherungssystems führen uns das sehr eindringlich vor Augen.

Der wirtschaftliche Strukturwandel, den wir in den Jahren nach 1990 erlebt haben, erreicht nunmehr hart und erbarmungslos den Westen und damit ganz Deutschland. Sehr viele Menschen im Land bangen um ihren Arbeitsplatz, sehr viele müssen Einkommenseinbußen hinnehmen und die, die etwas übrig haben, legen es beiseite für den Fall, dass es noch schlechtere Zeiten geben wird.

Wirtschaft und Politik sind gefordert, Antworten zu entwickeln, wie wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern, insgesamt wieder höhere Beschäftigung errächen und den Sozialstaat zukunftsfest machen können.

Diese Herausforderungen sind die Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts, ob uns sie gefällt oder nicht. Diesen Herausforderungen, dieser Wirklichkeit können, dürfen und werden wir uns in Brandenburg stellen. Nur wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit begreifen, wenn wir sie aktiv und kämpferisch annehmen und unsere Chancen im Wandel ergreifen, werden wir uns behaupten.

„Erneuerung aus eigener Kraft“ – so lautet das Leitmotiv der neuen Brandenburger Regierungskoalition. Sozial- und Christdemokraten in Brandenburg haben bewusst und gemeinsam unter dieser Überschrift zusammengefunden. Wir nehmen das Motto sehr ernst und zwar ausdrücklich in beiden seiner Bestandteile: Es geht uns um die Erneuerung unseres Landes, damit wir uns unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts behaupten können.

Und wir müssen uns dabei noch weitaus stärker als bisher auf unsere eigenen Kräfte und Potenziale besinnen, auf die Leistungsfähigkeit und Kreativität der Menschen hier in un-

serem Land. Denn nur wir selbst, nur die Brandenburgerinnen und Brandenburger, werden darüber entscheiden, welchen Weg unser Land in den vor uns liegenden Jahrzehnten gehen wird.

Wir haben überhaupt keinen Grund, daran zu zweifeln: Brandenburg kann zukünftig mit Berlin zu den erfolgreichen und dynamischen Regionen Europas zählen – unter der Bedingung, dass wir heute gemeinsam den richtigen Weg der Erneuerung einschlagen und in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen. Niemand wird uns diese Aufgabe abnehmen, nur miteinander und nicht gegeneinander werden wir sie lösen. Spätestens, wenn im Jahr 2019 der Solidarpakt II ausläuft, muss unser Land finanziell auf eigenen Beinen stehen.

Anderthalb Jahrzehnte nach seiner Gründung aus dem Geist der freiheitlichen Revolution von 1989, im Jahr Eins eines größer gewordenen Europas braucht das Land Brandenburg einen zweiten entschlossenen Aufbruch. In unmittelbarer Nachbarschaft rund um eine der großen Metropolen unseres Kontinents und zugleich im Zentrum des neuen Europa gelegen, besitzt unser Brandenburg herausragende Chancen, in den kommenden Jahrzehnten aus eigener Kraft zur lebenswerten, weltoffenen und wirtschaftlich florierenden Heimat aller seiner Bürgerinnen und Bürger zu werden. Diese Chancen müssen wir jetzt konsequent ergreifen.

Die neue Koalition ist zum Aufbruch für Brandenburg entschlossen. Die Landesregierung wird in gemeinschaftlicher und kollegialer Anstrengung dafür arbeiten, dass Brandenburg in Zukunft auf keinem Gebiet hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Die zielgerichtete Erneuerung unseres Gemeinwesens setzt die Bündelung und konstruktive Zusammenarbeit aller verantwortungsbewussten Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes voraus. Gemeinsam können wir erfolgreich sein. Wir werden in genau dem Maße erfolgreich sein, wie wir den vor unserem Land liegenden Aufgaben mit zeitgemäßen und vorausschauenden Antworten begegnen, sie vor allem aber lösen.

Auch heute wird zum Teil noch die Auffassung vertreten, es seien die so genannten „Lasten der Wiedervereinigung“, die die Schwierigkeiten verursacht hätten, mit denen Deutschland heute zu tun hat. Nicht alles daran ist falsch, denn natürlich erfordert der „Aufbau Ost“ eine beträchtliche Solidaritätsleistung. Festzuhalten ist: Diese Leistung des Bundes und der westlichen Länder ist geboten zur Herstellung der inneren deutschen Einheit. Es ist eine Solidaritätsleistung des Westens, für die wir Ostdeutschen dankbar sind. Und dennoch ist die Parole, der „Aufbau Ost“ sei ursächlich für die Fehlentwicklungen in Deutschland, ökonomisch zu flach und auch deshalb politisch gefährlich.

Wir müssen uns heute gemeinsam in West- und Ostdeutschland den Zukunftsfragen unseres Landes entschlossen stellen. Mit welchen großen Entwicklungstrends haben wir es heute in Deutschland zu tun? Wo liegen die entscheidenden Herausforderungen? Ich nenne stichwortartig sieben entscheidende Trends, die wir zunächst zur Kenntnis nehmen und begreifen, damit wir sie politisch in den Griff bekommen können.

- Da ist erstens die demografische Entwicklung. Nicht das Altern der einzelnen Menschen, wohl aber das kollektive Altern der Bevölkerung Deutschlands insgesamt und der damit einhergehende Fachkräftemangel hat schwerwiegende Folgen für die Entwicklungs- und Wachstumspotentiale unserer Gesellschaft. Wir brauchen wieder mehr Kinder, und deshalb brauchen wir bessere Bedingungen für Familien und einen Wertewandel, damit Frauen und Männer den Mut fassen, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen.

- Da ist zweitens der wirtschaftliche Strukturwandel in Gestalt von Globalisierung, Rationalisierung und mangelndem Wachstum. Deshalb brauchen wir wettbewerbsfähige Unternehmen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, die sich in der internationalen Konkurrenz behaupten können.
- Da sind drittens der Wandel der Arbeitswelt und die langfristige Krise des Arbeitsmarktes. Im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft wandeln sich überall die Anforderungen an die Kenntnisse und Fertigkeiten der Menschen. Gerade unqualifizierte Tätigkeiten sind ständig steigendem Konkurrenzdruck durch Maschinen oder durch das Ausland ausgesetzt. Deshalb brauchen wir bessere Bildung und Ausbildung für mehr Frauen und Männer, mehr Wissenschaft und Forschung, um unter den veränderten Bedingungen mithalten zu können.
- Da sind viertens die Krisen des Sozialstaates und der öffentlichen Haushalte.
- Da sind fünftens die Probleme der Vereinigung im Osten. Hier in Ostdeutschland ist bis heute – wir alle wissen es genau – kein sich selbst tragender Aufschwung in Gang gekommen. Alle zuvor beschriebenen Aspekte wirken gerade deshalb hierzulande in verschärfter Form.
- Da sind sechstens auch die unbestreitbaren Funktionsdefizite unserer politischen Institutionenordnung. Als Folge von Europäisierung und Globalisierung hat der Nationalstaat – durchaus beabsichtigt - an Souveränität und eigenständiger Handlungskompetenz eingebüßt.
- Da ist schließlich siebtens – aber sicher mit am wichtigsten – auch das, was man die „Deutsche Krise der Selbsterkenntnis“ nennen könnte, die bei vielen noch immer fehlende Einsicht in die schwierige Situation, in die unsere Gesellschaft geraten ist. Wir hier in Ostdeutschland sind vermutlich illusionsloser, aber noch längst nicht allen im Westen ist klar, dass das „Modell Deutschland“, so wie es einmal funktioniert hat, heute eben kein Erfolgsmodell mehr ist, dass wir es dringend ändern und umfassend erneuern müssen, um in Zukunft wieder erfolgreich sein zu können.

In der Summe und in ihrer Wechselwirkung bedrohen diese Entwicklungen die Zukunftschancen und den Wohlstand unseres Landes. Spät, aber nicht zu spät, hat die Bundesregierung mit ihrer Reformpolitik damit begonnen, die Weichen für die dringend nötige Erneuerung unseres Landes zu stellen. Bei allen unterschiedlichen Auffassungen im Detail unterstützen die Partner der neuen Brandenburger Regierungskoalition diesen Kurs.

Auch wir hier in Brandenburg stehen vor der Aufgabe, die Erneuerung unseres Landes mit großer Entschiedenheit voranzutreiben. Selbstkritisch müssen wir feststellen: Wir haben die Erneuerung auf den Gebieten der Landespolitik in der Vergangenheit teils zu spät, zu zögerlich und nicht immer mit der erforderlichen Entschlossenheit betrieben. Das wird sich ändern.

In der neuen Brandenburger Regierungskoalition besteht völlige Übereinstimmung darüber, dass jedes Zögern unserem Land schaden würde. Jedes weitere Zuwarten wäre ein Vergehen an den Lebenschancen unserer Kinder und Kindeskinde. Wir müssen alle besser werden! Und wir müssen die Erneuerung Brandenburgs als eine Aufgabe begreifen, in die möglichst viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes einbezogen sein müssen, wenn der Aufbruch gelingen soll.

Die Erneuerung in schwierigen Zeiten setzt Ehrlichkeit, Vertrauen und gegenseitigen Respekt voraus. Sie wird nicht über die Köpfe der Menschen hinweg gelingen, nicht an ihnen vorbei, und sie gelingt auch nicht durch die Hintertür. Sie kann nur da gelingen, wo Politiker Tag für Tag aufs Neue das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen, wo Politiker bereit sind, immer wieder zuzuhören und zu erklären. Verständnis für schwierige Abwägungen und Zustimmung auch zu unbequemen Entscheidungen entstehen nur im direkten Kontakt mit den Menschen, in der Suche nach dem besseren Weg in die Zukunft.

Es gibt den verbreiteten Irrtum, Vertrauen und Zustimmung ließen sich am besten mit wohlklingenden Versprechen und Gefälligkeitspolitik erlangen. Das Gegenteil ist richtig. Die Menschen in Brandenburg glauben nicht an Wunder. Sie wissen, dass die vor uns liegenden Jahre schwierig werden. Und sie spüren sehr genau, wer ihnen reinen Wein einschenkt und wer nicht. Den Respekt und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen nur politische Verantwortungsträger, die den Mut aufbringen, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, wenn sie nötig sind, und mit dem Gesicht zu den Menschen zu begründen. Diese Kultur des Dialogs setzt aber auch die Bereitschaft voraus, zuzuhören und miteinander zu sprechen, von Vorurteilen und schnellen Antworten Abstand zu nehmen.

Über diese Bedingungen und Prinzipien unserer gemeinsamen Politik für Brandenburg in den kommenden fünf Jahren haben meine Partei und die Christlich Demokratische Union unter Führung von Innenminister Schönbohm in den Koalitionsverhandlungen der vergangenen Wochen ein hohes Maß an Übereinstimmung erzielt. Ebenso einig sind wir uns – bei allen politischen Unterschieden – auch über die politischen Prioritäten unserer Regierungsarbeit in den kommenden Jahren.

Gemeinsam sind wir uns darüber im Klaren, dass im Zentrum unserer Aufmerksamkeit die Themen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft sowie die Bewältigung des demografischen Umbruchs stehen müssen und stehen werden. Hier liegen die zentralen Felder, auf denen sich entscheiden wird, ob das Land Brandenburg in den kommenden Jahrzehnten eine lebenswerte Heimat für alle seine Bürgerinnen und Bürger sein wird.

Genauso wichtig wie die notwendige Konzentration auf die Themen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Demografie wird es sein, diese Felder zukünftig immer stärker in ihrer engen wechselseitigen Abhängigkeit voneinander zu begreifen. Sie bedingen sich gegenseitig. Gerade weil die Verbesserung der Voraussetzungen für Investitionen und Beschäftigung, vor allem aber die Förderung von Selbstständigkeit, in Brandenburg für die neue Koalition höchste Priorität hat, werden hervorragende Bildung und Ausbildung, leistungsstarke Forschung und der Transfer von zeitgemäßem Wissen in hochwertige Produkte und Dienstleistungen zu den zentralen Anliegen der Landesregierung zählen.

Uns allen muss klar sein: Damit wachsen zugleich die Anforderungen an eine Regierungspolitik aus einem Guss. Reibungsverluste, unnötige Kompetenzüberschneidungen, unverbundenes Nebeneinander oder Ressortegoismen können wir uns angesichts begrenzter und weiter schrumpfender finanzieller Mittel zukünftig nicht mehr leisten. Vernetztes Arbeiten und ressortübergreifendes Denken heißen die politischen Gebote der Stunde.

Völlig zu Recht erwarten die Menschen in unserem Land eine Politik, in der die Räder gut geölt und ohne zu knirschen ineinander greifen. Die Mitglieder der neuen Landesregierung sind deshalb fest entschlossen, sich als ein Team zu begreifen, das mit verteilten

Rollen, aber immer gemeinsam und in enger Abstimmung, miteinander für die Erneuerung und den Erfolg unseres Landes arbeitet. Nur mit geschlossenem Mannschaftsspiel und nicht gegeneinander kommen wir voran. Dann wird der Funke des Aufbruchs auch auf die Menschen im Land überspringen.

Auf die Menschen muss der Funke der Erneuerung tatsächlich überspringen. Ich bin gerade in den vergangenen Monaten viel unterwegs gewesen in unserem Land, und ich habe dabei mit sehr vielen Brandenburgerinnen und Brandenburgern gesprochen und diskutiert. Meine Erfahrung ist: Die Menschen sind zwar meist keine Experten für die einzelnen Felder der Politik, aber sie haben ein sehr, sehr ausgeprägtes Gespür dafür, mit welcher Grundhaltung, mit welcher Einstellung die politisch Verantwortlichen in Bund und Land ihre Arbeit machen. Die Menschen fühlen sich durch positive politische Leitbilder zu eigener Initiative und eigenem Einsatz angespornt – oder sie fühlen sich durch politisches Personal, das lustlos oder abgehoben zu Werke geht, im Stich gelassen und abgestoßen.

Deshalb sage ich klar und deutlich: Ob die vor uns liegende Erneuerung Brandenburgs gelingen wird oder nicht, das hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob die politischen Repräsentanten des Landes auf allen Ebenen mit gutem Beispiel vorangehen, ob sie den Willen und die Entschlossenheit zur Erneuerung verkörpern und ob der Funke überspringt.

Das alles überragende Problem unserer Zeit ist die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit. Es ist unbestritten: Brandenburg braucht mehr Arbeitsplätze. Die neue Brandenburger Regierungskoalition unterstützt die Arbeitsmarktreformen, die dem richtigen Ziel dienen, Menschen in Arbeit zu vermitteln, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Bereits dieser Strategiewechsel allein – hin zu einer aktiven und aktivierenden Arbeitsmarktpolitik – hat in anderen europäischen Ländern eine deutliche Reduzierung der Arbeitslosenquoten möglich gemacht. Unser gemeinsames Signal muss deshalb völlig klar und unmissverständlich sein: Wir finden uns mit der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit nicht ab! Und wir sind bereit, auch neue Wege zu ihrer Bekämpfung zu gehen.

Zur wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Wirklichkeit unseres Landes gehört aber auch, dass wir ein Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt feststellen: Arbeitslosigkeit und ein zunehmender Mangel an Fachkräften treten gleichzeitig und nebeneinander auf – und diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen, wenn wir jetzt nicht energisch gegensteuern.

An diesem Punkt wird zugleich besonders deutlich, weshalb Brandenburg in der Konkurrenz mit anderen Wirtschaftsregionen künftig nur dann erfolgreich sein wird, wenn wir ein ressortübergreifendes Verständnis von Politik für eine dynamische und wettbewerbsfähige Wirtschaft, als Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung entwickeln. Erreichen werden wir diese Ziele nur durch einen strategischen Gesamtansatz.

- Dieser strategische Gesamtansatz umfasst erstens, dass wir alle Programme zur Förderung der Wirtschaft streng an Wachstum und Innovation sowie an den Kriterien der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ausrichten müssen. Die zielgenaue Konzentration unserer künftigen Wirtschaftspolitik muss sich konsequent auf bestimmte zukunftsfähige ökonomische Branchen und Kompetenzfelder ausrichten, um Synergiewirkungen entfalten und Ausstrahlungseffekte erzielen zu können.

- Zukunftsfähige ökonomische Wirtschaftsfelder wiederum entstehen, wachsen und gedeihen durch die Kooperation aller beteiligten Akteure. Zum strategischen Gesamtansatz der Brandenburger Wirtschaftspolitik muss deshalb zweitens auch weiterhin die besondere Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen in unserem Land gehören. Es ist keine Floskel: Der Mittelstand ist und bleibt das Rückgrat der brandenburgischen Wirtschaft, hier vor allem entstehen neue Ideen, neue Arbeits- und Ausbildungsplätze, zukunftsträchtige Produkte und Dienstleistungen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eines erwähnen. Ein wichtiger Faktor bei der Stärkung des Mittelstandes ist eine funktionierende Justiz. Ein Unternehmer – und selbstverständlich auch jeder Bürger – muss darauf vertrauen dürfen, berechnete Klageforderungen in einem überschaubaren Zeitraum realisieren zu können. Es wird daher unsere Aufgabe sein, die Arbeitsabläufe bei den Gerichten noch effizienter zu gestalten. Nur so kann ein Klima der Rechtssicherheit geschaffen werden, das Brandenburg für potenzielle Investoren attraktiv macht.

- Zum strategischen Gesamtansatz der Brandenburger Wirtschaftsförderung gehört schließlich drittens auch das Bekenntnis zu konsequenter Deregulierung und Entbürokratisierung – und zwar überall dort, wo staatliche Regelungen Investitionen und Wachstum und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen in überflüssiger und abträglicher Weise entgegenstehen.

Hier geht es nicht um Ideologie, sondern um praktische Lösungen im gemeinsamen Interesse unseres Landes. Die Unternehmen, Wirtschaftsverbände und Kammern in Brandenburg rufe ich im Namen der gesamten Landesregierung ausdrücklich auf: Teilen Sie uns mit, wo Ihrer Ansicht nach dereguliert werden muss! Sagen Sie uns, welche Regelungen und Verfahren dem Praxistest nicht standhalten! Wir werden alle Anregungen sorgfältig und zügig auswerten und Konsequenzen ziehen, wo immer das sinnvoll ist.

- Die Chancen unserer Lage in der Mitte Europas wollen wir – viertens - durch die konsequente Stärkung unserer außenwirtschaftlichen Potenziale nutzen. Besonders die Märkte Mittel- und Osteuropas eröffnen neue Perspektiven für unsere Wirtschaft.

- Von zentraler strategischer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes ist fünftens die nachhaltige Verbesserung des Transfers wissenschaftlicher Erkenntnisse hin zur Anwendung in die Wirtschaft. Jeder, der sich mit diesem Themenfeld befasst, weiß, dass heute genau die Regionen besondere Erfolge verbuchen, die den Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft systematisch entwickelt haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine ergänzende Bemerkung machen: Wer mich kennt, der weiß, dass mich gerade diese Frage des Wissens- und Technologietransfers ganz besonders beschäftigt. Die Region Berlin-Brandenburg mit ihrem ungeheuren Reichtum an Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist eine der profiliertesten und attraktivsten Wissenschaftsregionen Europas. Eine vergleichbare Dichte von Forschungsinstitutionen, von Wissenschaftlern und wissenschaftlicher Kompetenz wie hier bei uns und in unserer unmittelbaren Nachbarschaft findet sich kaum irgendwo sonst auf unserem Kontinent.

Diese Situation bedeutet für uns auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein ungeheures Potenzial, einen einzigartigen Schatz, mit dessen systematischer Nutzung wir noch kaum begonnen haben. Deshalb zählen Wissens- und Technologietransfer zu den Themen, um die ich mich in den kommenden Jahren persönlich kümmern werde.

Ich bin zutiefst überzeugt: Hier können wir noch viel besser werden, und deshalb nehme ich mich dieser Frage besonders an. Seien Sie ganz sicher: Der schon angekündigte Beirat für Wirtschaft und Wissenschaft wird ein bedeutsames Gremium der Beratung und Entscheidungsvorbereitung für die Landesregierung sein.

Wichtigstes Infrastrukturprojekt und Motor der Entwicklung unseres Landes ist der Flughafen BBI. Wir brauchen ihn, um Investitionen und Wachstum in Brandenburg zu sichern. Wir werden dieses Projekt daher energisch vorantreiben.

Wissenschaft und Forschung sind unverzichtbarer Motor der Erneuerung Brandenburgs. Deshalb werden wir die Brandenburger Wissenschaftslandschaft weiter entwickeln. Der Ausbau der Hochschulstandorte wird fortgesetzt. Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung werden trotz der Haushaltsprobleme des Landes nicht gekürzt.

Die strukturelle Entwicklung unseres Landes erfordert die Erhöhung der Studierendenquote, mindestens auf das Niveau, das dem der anderen Bundesländer vergleichbar ist. Deshalb wird die Ausbildungskapazität um 3.500 Studienplätze bis zum Jahr 2007, insbesondere in praxisorientierten Ausbildungsgängen, erweitert.

Die Hochschulen müssen sich auf dem nationalen und internationalen Bildungsmarkt im Wettbewerb mit anderen Hochschulen behaupten. Sie müssen durch ein unverwechselbares Profil und hohe Qualität konkurrenzfähig sein. Mit dem Hochschulpakt ist eine wichtige Voraussetzung für wissenschaftliche Spitzenleistungen aus und für Brandenburg geschaffen worden. Zielstellung ist die Stärkung der Eigenverantwortung sowie die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen. Sie sind schon auf dem richtigen Weg. Die Landesregierung wird alles dafür tun, dass dieser Weg weiter beschritten wird. Die Förderung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Brandenburg ist der Schlüssel für die weitere Entwicklung.

Das alles, unser strategischer Gesamtansatz für eine zukunftsfähige Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung in Brandenburg, wäre von vornherein auf Sand gebaut ohne eine enge Verzahnung mit einer zukunftsgerichteten Politik für mehr und bessere Bildung in Brandenburg. Mehr denn jemals zuvor ist Bildung der Schlüssel für individuellen und gesellschaftlichen Fortschritt. Es ist nicht übertrieben: Die Zukunft unseres Landes entsteht in den Köpfen unserer Kinder.

Die demografische Situation unseres Landes habe ich bereits angesprochen, ebenso den schon heute einsetzenden Mangel an qualifizierten Fachkräften in Brandenburg. Beide Entwicklungen sind Besorgnis erregend. Umso wichtiger ist es, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Unsere Kinder haben Anspruch auf eine qualitativ erstklassige Bildung. Wir dürfen kein einziges Kind mehr zurücklassen! Jeder und jede wird gebraucht! Kein Kind in Brandenburg soll unterhalb seiner Möglichkeiten bleiben. Wir können es uns nicht leisten, die Schwächsten nicht besonders zu fördern. Und wir können es uns ebenso wenig leisten, die Stärksten nicht besonders zu fördern. Weil sich an den Zukunfts- und Bildungschancen unserer Kinder und Enkelkinder zugleich das Schicksal unseres Landes entscheidet, werden wir beharrlich darauf hin arbeiten, Brandenburg zu einem kinder- und familienfreundlichen Land zu machen – das sind die bildungs- und gesellschaftspolitischen Leitmotive dieser Koalition.

Dieses Ziel verfolgt die neue Koalition mit ihrer Bildungspolitik auf systematische und gezielte Weise:

- An den im Bundesvergleich hohen Standards der Kindertagesbetreuung in Brandenburg halten wir ausdrücklich fest. Damit tragen wir der – inzwischen weithin unbestrittenen – Einsicht Rechnung, dass die Weichen für die Bildungs- und Lebenschancen der Menschen bereits im Vorschulalter gestellt werden. Deshalb werden wir den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten noch stärker betonen. Als Orte der Betreuung, Erziehung und Bildung sind die Kitas von fundamentaler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes unter den Bedingungen der wissensintensiven Gesellschaft.

- Mit der Einführung der Oberschule schafft die Regierungskoalition ein klares und übersichtliches und demografietaugliches Schulsystem für die Jahrgangsstufen 7 bis 10, das die Voraussetzungen für qualitativ hochwertigen Unterricht für alle Schüler in allen Regionen unseres Landes schafft.

Die allgemeine Hochschulreife wird an Gymnasien nach zwölf Jahren erreicht. Unser Ziel ist es die Abiturientenquote zu steigern - bei gesicherten Qualitätsstandards.

- Wir wollen die Qualität von Schulen durch mehr Selbstständigkeit und mehr Selbstverantwortung steigern. Größere Eigenständigkeit von Schulen, verstärkter Wettbewerb unter den Schulen sowie eine verbesserte Lehrerbildung und –fortbildung sind entscheidende Voraussetzungen besserer Bildung für unsere Kinder.

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle ausdrücklich meine Überzeugung hinzufügen, dass institutionelle und gesetzliche Bestimmungen immer nur einen äußeren Rahmen setzen – das gilt für den schulischen Bereich wie auch überall sonst im Leben. Diesen äußeren Rahmen können die jeweils Beteiligten besser oder schlechter ausfüllen. Gerade im Hinblick auf die Zukunftschancen unserer Kinder erscheint mir persönlich kaum etwas so wichtig wie das persönliche Engagement der Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen. Zur Motivation der Lehrerschaft wiederum kann und wird das Land bzw. die Landesregierung beitragen, wie zum Beispiel durch gute Fortbildung und die gesicherte Perspektive steigender Beschäftigungsumfänge für alle Lehrerinnen und Lehrer.

Um es sehr deutlich zu sagen: Letzten Endes hängt die Qualität von Schulen und Kitas immer vom Einsatz und der Kreativität der Menschen ab, die hier arbeiten. Dasselbe gilt für Behörden, für Ministerien, für Universitäten, für Krankenhäuser, für Unternehmen sowie für jede andere denkbare Institution oder Organisation. Überall kommt es letztlich auf die Menschen an! Darauf, wie engagiert sie arbeiten und ob sie solidarisch zusammenstehen und auch für Schwache und Benachteiligte eintreten. Und darauf, wie sie die existierenden Spielräume und Möglichkeiten zum Wohle ihrer gemeinsamen Angelegenheiten nutzen.

Es sind die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs selbst, die darüber entscheiden, welchen Weg unser Land in den kommenden Jahren einschlagen wird. Der Staat und Politik müssen zwar die Rahmenbedingungen vorgeben und Anreize setzen – viel hängt selbstverständlich davon ab, dass es die richtigen Rahmenbedingungen und Anreize sind. Dennoch: Am Ende ist jeder Staat, ist jede Politik auf das solidarische Engagement, auf die vielfältigen Erfahrungen und die bürgerschaftliche Selbsthilfe der Gesellschaft angewiesen.

Gerade in schwierigen Zeiten bildet bürgerschaftliches Engagement das Rückgrat jedes demokratischen und freiheitlichen Gemeinwesens. Die tagtägliche ehrenamtliche Leistung der vielen Vereine, Freiwilligen Feuerwehren, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegrup-

pen aller Art für den Zusammenhalt und das Funktionieren unserer Gesellschaft kann überhaupt nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es sind die unzähligen ehrenamtlich Engagierten in den Dörfern und Städten, die das Herz dieser Gesellschaft schlagen lassen. Gerade das gemeinschaftliche Leben in den ländlichen Regionen wäre ohne die freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger – unter ihnen übrigens viele höchst aktive „junge Alte“ – völlig undenkbar. Wir alle können und wir wollen auf den Einsatz und die Erfahrungen der ehrenamtlich engagierten Menschen nicht verzichten. Wir brauchen sie alle als Ideengeber und Motoren des gesellschaftlichen Fortschritts in unserem Land.

Einen ganz besonderen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Brandenburg leistet der Sport. Nicht ohne Stolz erinnere ich gerne noch einmal daran, dass erst vor wenigen Wochen Athletinnen und Athleten aus unserem Land allein 5 – also mehr als ein Drittel – der insgesamt 14 deutschen Goldmedaillen bei den Olympischen Spielen von Athen errungen haben. Doch genauso wichtig für unser Land wie unsere hervorragenden Spitzen- und Leistungssportler sind die unzähligen ehrenamtlich Aktiven im Freizeit- und Breitensport, die Trainer und Übungsleiterinnen ebenso wie die Eltern und Großeltern, die überall in Brandenburg Wochenende für Wochenende als Betreuer und Fahrer von Kinder- und Jugendmannschaften in unserem Land unterwegs sind. Ja, auch das ist ein wichtige und oftmals zeitaufwändige Tätigkeit für das Gemeinwohl. Ihnen allen gebührt unser aller Respekt und Dank!

Unser Gemeinwesen lebt davon, dass es all die vielen Menschen gibt, die sich für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen. Es ist deshalb nicht nur eines der herausragenden Anliegen der neuen Landesregierung, sondern auch mir ganz persönlich besonders wichtig, Engagement und Eigeninitiative der Menschen in Brandenburg zu stärken, wo immer dies möglich ist. Die neue Landesregierung wird deshalb in der Staatskanzlei eine Koordinierungsstelle schaffen, die sich systematisch um den Ausbau und die Aufwertung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement in Brandenburg kümmern wird.

Eine starke, aktive und intakte Bürgergesellschaft engagierter Menschen ist zugleich die beste und sicherste Versicherung gegen jede Form von Extremismus. Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Aufbau und die Verbesserung ihres Gemeinwesens engagieren, sind nicht empfänglich für dumpfe Parolen und Gewalt. Sie wissen aus eigener Erfahrung am besten, dass Intoleranz und Hass eine Gesellschaft immer nur auseinander treiben und zerstören, niemals aber zusammenführen.

Die neue Regierungskoalition ist sich einig, dass der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Brandenburg herausragende Bedeutung zukommt. Der Rechtsextremismus ist eine Gefahr auch für unser Land. Er schadet unserem Land und dem Wirtschaftsstandort Brandenburg. Mit einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft sind solche Tendenzen völlig unvereinbar. Sie dürfen und sie werden in der Mitte der Brandenburger Gesellschaft keinen Platz finden.

Die Brandenburger Regierung hat in der Vergangenheit mit ihrer Strategie der Repression rechtsextremistischer Tendenzen beträchtliche Erfolge erzielt. Diesen Kurs werden wir entschlossen fortsetzen. Zugleich aber werden wir die gezielte Jugendarbeit verstärken und die politische Aufklärung intensivieren, um alle gesellschaftlichen Abwehrkräfte gegen Intoleranz, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus zu mobilisieren. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wird weiterentwickelt. Die Koalitionspartner bekennen sich mit aller Entschiedenheit zu den in der Geschichte Brandenburgs wurzelnden Traditionen der Toleranz und der Weltoffenheit.

Offenheit – Offenheit für neue Lösungen, Offenheit auch für unkonventionelle Ideen, Offenheit für die Chancen des Wandels: Das muss zugleich das Motto sein für unsere ländlichen und dünn besiedelten Regionen. Uns allen sind die ungeheuren Herausforderungen bewusst, die insbesondere der demografische Umbruch für die Menschen in den berlinfernen Landschaften unseres Landes bedeutet. Es mag zuweilen nahe liegen, vor allem die negativen Aspekte dieses Wandels in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen. Das ist verständlich, aber es birgt eine Gefahr: die Gefahr nämlich, dass wir vor lauter Bedauern über die Veränderungen die damit zugleich entstehenden Entwicklungschancen übersehen und ungenutzt lassen.

Diese Entwicklungschancen für den ländlichen Raum gibt es, und sie werden in dem Maße Wirklichkeit, wie wir den Wandel offensiv als Herausforderung annehmen. Ziel allen politischen Handelns muss es sein, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sicherzustellen, den Menschen gleichen Chancen zu ihrer Entfaltung zu ermöglichen.

Die Menschen wissen schon längst: Im ländlichen Raum wird ihnen zugemutet, längere Wege zum Arbeitsort, zum Arzt oder zur Post zurückzulegen. Sie haben schon die Erfahrung gemacht, dass ihre Kita und Schule geschlossen worden sind. Und es wird immer schwieriger, Ärzte für die Nachbesetzung freier Arztpraxen oder auch für Krankenhäuser zu finden. Das sind nicht die einzigen Herausforderungen auf dem Gebiet der sozialen Infrastruktur. Und es ist ganz sicher: Die Wege werden nicht kürzer. Damit die Lebensqualität erhalten bleibt, bedarf es intelligenter Lösungen. Diese zu finden, ist eine der zentralen Aufgaben der Landesregierung - und natürlich der Akteure vor Ort.

Weil Mobilität für alle wichtig ist und nicht alle über einen eigenen PKW verfügen, muss die Versorgung mit öffentlichem Nahverkehr in den ländlichen Räumen durch innovative Konzepte, wie zum Beispiel Rufbusse, weitgehend gesichert werden. Erste Modellprojekte sind angelaufen. Die komplexen Aufgaben können nur ressortübergreifend bewältigt werden. Die Landesregierung wird noch in diesem Jahr einen Bericht zum demografischen Wandel im Land erarbeitet haben. Dieser wird Strategien und Konzepte für den Umgang mit den Herausforderungen in allen Politikfeldern beschreiben.

Die demografische Entwicklung kann nicht kurzfristig umgekehrt werden. Die Landespolitik muss aber alles tun, um ihre negativen Folgen zu mindern. Hierzu brauchen wir den Stadtbau und die Instrumente der Stadtentwicklung, um die Städte als Anker im ländlichen Raum und als Kristallisationskerne für Entwicklung zu stärken.

Die ländlichen Räume müssen als Wirtschafts-, Sozial-, Natur- und Siedlungsräume weiter entwickelt werden. Dazu werden wir im Sinne einer Politik der integrierten ländlichen Entwicklung Fördermöglichkeiten innerhalb der Landesregierung umfassend verfügbar machen.

Auch wenn im Namen des zuständigen Ministeriums nicht mehr das Wort Landwirtschaft erscheint, will ich hier ausdrücklich betonen, dass bei der Entwicklung des ländlichen Raumes für die Landesregierung die weitere Stärkung und Stabilisierung der landwirtschaftlichen Unternehmen entscheidende Bedeutung hat – die Agrarbetriebe sind nach wie vor die größten Arbeitgeber in den Dörfern. Die Landesregierung unterstützt deshalb die Agrarwirtschaftsinitiative Brandenburg, die auch auf Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten setzt. So beinhaltet die Initiative die Stabilisierung der Veredelungswirtschaft in Brandenburg, durch die neue Geschäftsfelder für die Landwirte erschlossen werden. Ich denke dabei zum Beispiel an die Energieerzeugung aus Biomasse. Dies ist

auch ein Teil unserer Energie-Technologie-Initiative, die verstärkt auf die Nutzung nachwachsender Rohstoffe setzt.

Die Landesregierung verfolgt weiterhin eine nachhaltige Umweltpolitik mit dem Ziel der Sicherung der Brandenburgischen Kultur- und Naturlandschaften. Dabei setzen wir verstärkt auf Akzeptanzgewinnung und Konfliktvermeidung.

Wachstumschancen bietet nach wie vor der Tourismus. Er ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für ganz Brandenburg, insbesondere natürlich für den ländlichen Raum. Die Potenziale des Reiselandes Brandenburg sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Noch hat sich nicht überall herumgesprochen, wie schön unsere Landschaften sind. Mit der Entwicklung einer vielseitigen Natur- und Kulturlandschaft können weitere Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Landesregierung sieht ihre Aufgabe vor allem darin, die touristische Vermarktung voran zu bringen.

Die Regierungskoalition spricht sich gegen eine Wiederinbetriebnahme des Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide aus. Stattdessen setzen wir gemeinsam mit den Menschen aus der Region auf die Entwicklung der touristischen Potenziale.

Jegliches Regierungshandeln bleibt auch in den nächsten Jahren von einer zentralen Zukunftsaufgabe umfasst: nämlich einer wirksamen und sparsamen Verwendung der von den Bürgern bereitgestellten Mitteln. Nachhaltigkeit ist auch für den Umgang mit den öffentlichen Ressourcen zwingend. Lassen Sie mich zu den öffentlichen Finanzen sagen:

Die Koalitionspartner sind sich völlig einig, dass es zu dem eingeschlagenen Weg der Konsolidierung keine Alternative gibt. Deshalb wird die Landesregierung ihren Kurs der sparsamen Haushaltsführung konsequent fortführen. Wir sind unseren Kindern als der Zukunft unseres Landes einen vernünftigen Umgang mit Geld schuldig. An Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau geht kein Weg vorbei. Die Eckwerte lauten: Die Nettokreditaufnahme soll – die derzeitige Steuerprognose unterstellt – bis spätestens 2010 auf Null reduziert sein und um 175 Mio. Euro jährlich verringert werden. Es ist eine Herkulesaufgabe, die wir nur gemeinsam stemmen können. Das bedeutet, dass wir an vielen Stellen Einschnitte vornehmen müssen und auf manche Förderung, die uns lieb geworden ist, verzichten müssen. Bei der Haushaltsaufstellung für das kommende Jahr werden wir beweisen müssen, dass wir das können.

Und trotzdem werden wir uns nicht handlungsunfähig kürzen. Insbesondere die Schwerpunktfelder der Koalition – Wirtschaft und Arbeit, Bildung und Wissenschaft – werden ausreichend ausgestattet sein. Wir müssen uns zwingen, die Förderprogramme noch besser aufeinander abzustimmen, um möglichst hohe Effekte zu erzielen. Hier sehe ich noch viel Gestaltungsraum.

Ein Ziel ist es, eine möglichst hohe Investitionsquote sicherzustellen. Das funktioniert nur, wenn die Höhe der konsumtiven Ausgaben permanent kritisch überprüft und soweit wie möglich zurückgeführt wird. Dabei sind wir uns bewusst, dass in der Wissensgesellschaft Bildungs- und Forschungsleistungen Investitionen in die Zukunft sind.

Staatliche Verwaltung ist in Brandenburg effizienter geworden. Den Weg der Verwaltungsmodernisierung werden wir weiter beschreiten. Die Prioritätensetzung ist – auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – verstärkt darauf gerichtet, welche Aufgaben das Land zwingend wahrnehmen muss, welche es selbst erfüllen will und bei welchen es wirtschaftlicher oder sinnvoller ist, sich Dritter bei der Aufgabenerfüllung zu be-

dienen. Innerhalb der Landesverwaltung sollen zukünftig verstärkt betriebswirtschaftliche Instrumente eingeführt werden. Innovative Betreiber – und Finanzierungsmodelle können nach Auffassung der Koalitionspartner ein Weg sein, um den Haushalt weiter zu entlasten.

Begleitet von den entsprechenden Modernisierungsmaßnahmen in der Landesverwaltung wird der Personalbestand bis 2009 auf 51.000 Stellen abgebaut. Das wird sozialverträglich erfolgen.

Ein Thema darf nicht fehlen: Brandenburg und Berlin. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Der Zusammenschluss der Länder Brandenburg und Berlin ist politisch und wirtschaftlich sinnvoll; die Koalition hält an diesem Ziel fest. Vor einer erneuten Volksabstimmung muss jedoch Klarheit über die Finanzperspektive Berlins bestehen. Anderenfalls ist – realistischerweise – mit der Zustimmung der Brandenburgerinnen und Brandenburger nicht zu rechnen. Ein zweiter Fehlschlag bei einem Fusions-Anlauf würde dauerhaft das Aus für ein gemeinsames Land bedeuten. Dies ist nicht im Sinne beider Landesregierungen. Unabhängig davon ist die konkrete Zusammenarbeit in Form von Projekten zu forcieren. Die Erfolge in der praktischen Zusammenarbeit bestimmen das Zusammenwachsen von Berlin und Brandenburg.

Brandenburg steht heute vor großen Aufgaben, die vor uns liegenden Jahre werden hart. Sie werden unsere ganze Kraft erfordern. Die innere Erneuerung unseres Landes ist notwendig, doch in der Größe der Herausforderung liegt zugleich doch auch die Chance für neuen Zusammenhalt und neuen Teamgeist. Der Aufbruch für Brandenburg liegt im gemeinsamen Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, jeder und jede Einzelne ist gefragt, auf jeden und jede Einzelne kommt es an. Es ist wahr: Wir werden uns alle mehr anstrengen müssen. Aber damit kann doch zugleich das befriedigende Gefühl entstehen, gemeinsam für die richtige Sache an einem Strang zu ziehen. Und diese richtige Sache, für die es sich mit Leidenschaft zu kämpfen lohnt, heißt Brandenburg.

Zu Recht erwarten die Brandenburgerinnen und Brandenburger gerade in dieser schwierigen Phase von ihrer Landesregierung verantwortliche, zielgerichtete und zupackende politische Führung. Zu Recht erwarten sie klare Orientierung und klare Worte. Zu Recht erwarten sie Mannschaftsspiel und Zusammenhalt bei den Fraktionen und Parteien, die die neue Landesregierung tragen. Zu Recht erwarten sie konstruktive Kritik, Realismus und eigene Ideen von der großen Oppositionspartei im Brandenburger Landesparlament.

Ich teile alle diese Erwartungen an die demokratischen Parteien dieses Landes, an die demokratischen Fraktionen dieses Hohen Hauses und schließlich auch an mich selbst. Wir alle dürfen die in uns gesetzten Erwartungen nicht enttäuschen. Die neue Koalition aus SPD und CDU nimmt die Herausforderung der Erneuerung unseres Landes an.“